

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/40

Bonn, den 27. Februar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Bilanz eines Freundschaftsbesuches</u> Willy Brandt in Marokko Von Günter Markscheffel	80
3	<u>Ein moderner Schulversuch in Nordrhein-Westfalen</u> Projekte von weitreichender Bedeutung Von Klaus Rusticus	44
4	<u>In Agrar- und Europapolitik engagiert</u> Zum 65. Geburtstag von Herbert Kriedemann Von Egon C. Heinrich	47
5 - 6	<u>Tourismus 1968: Projekt Südadria</u> Platz für 600 000 Gäste Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	67

* * *

Bilanz eines Freundschaftsbesuches

Willy Brandt in Marokko

Von Günter Markscheffel

Der Besuch von Bundesaußenminister Willy Brandt in Marokko hat erneut gezeigt, wie wichtig persönliche Kontakte und Aussprachen führender Männer zweier Regierungen sind. Hierbei ist selbstverständlich nicht die kontinuierliche und stille Arbeit der offiziellen diplomatischen Vertretungen zu unterschätzen, die im Detail alles das weiter bearbeiten müssen, was in Spitzengesprächen erörtert wird.

+ + +

Wenn die marokkanische und die deutsche Regierung heute gemeinsam versichern, sie stimmen darin überein, daß eine gerechte und friedliche Lösung der Krise im Nahen Osten gemäß den Grundsätzen der Vereinten Nationen gefunden werden müsse, dann besagt dies viel mehr, als in einem so nüchtern klingenden Satz zum Ausdruck kommen mag. In dem anderthalbstündigen Gespräch mit König Hassan II. sowie in den Unterredungen, die Brandt mit dem marokkanischen Ministerpräsidenten Benhima und Außenminister Laraki führte, wurde bei Respektierung auch nuancierter Standpunkte gemeinsam festgestellt, daß jedweder Fortschritt unmittelbar davon abhängig ist, ob es gelingt, gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Völkern zu vermeiden und dort, wo sie nicht vermieden werden konnten, eine gerechte Friedensordnung anzustreben.

Von diesem Gedanken ausgehend ergab sich auf marokkanischer Seite erneut die Bestätigung, daß die Lösung der deutschen Frage im Rahmen der internationalen Entspannung und auf der Grundlage der legitimen Rechte des deutschen Volkes gefunden werden müsse.

+ + +

In Zusammenhang mit dem Besuch Brandts in Marokko wurde gelegentlich die Vermutung geäußert, der deutsche Außenminister suche die Vermittlung der marokkanischen Regierung bei der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und anderen arabischen Staaten. Das ist falsch. Dieses Thema wurde überhaupt nicht erörtert. Der marokkanischen Regierung ist bekannt, daß die Bundesregierung den seitherzeit von mehreren arabischen Staaten erklärten Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedauert, daß sie jedoch bereit ist, ihre Beziehungen wieder zu normalisieren, wenn dies von der anderen Seite gewünscht wird.

In Pressekonferenzen von arabischen Journalisten auf dieses Thema angesprochen, hat Brandt unmißverständlich erklärt, daß die Bundesrepublik zu allen Staaten freundschaftliche und normale Beziehungen zu haben wünscht. Er hat aber gleichzeitig gesagt, daß dieser Wunsch nicht mißverstanden werden dürfe, zumal die Bundesre-

publik durch ihre Haltung der strikten Nichteinmischung in die Probleme anderer Staaten ihr gutes Verhältnis zu diesen oder jenem Land nicht davon abhängig machen könne, ob man dort bestimmte Entwicklungen anders einschätzt als in der Bundesrepublik.

- + +

Es mag sein, daß man in Marokko erwartet hat, die Bundesrepublik werde ihre Wirtschaftshilfe für Marokko verstärken. Brandt hat die Fortführung der vertraglich vereinbarten Wirtschaftshilfen zugesichert, aber keine zusätzlichen Versprechungen gemacht. Während seines Aufenthaltes in Marokko hat der Bundesaußenminister jedoch mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine Synchronisierung der verschiedenen wirtschaftlichen Hilfen und anderer wirtschaftlicher Vorhaben anzustreben. Die den Bundesaußenminister begleitenden Experten sind mit ihren marokkanischen Gesprächspartnern übereingekommen, daß in Zukunft stärker als bisher darauf geachtet werden soll, wie mehrere Projekte aufeinander abgestimmt werden können. Dieses Problem wird schon in Kürze im Mittelpunkt von Besprechungen stehen, die der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans-Jürgen Wischniewski, demnächst bei einem Besuch in Marokko führen wird. Auch die in Kürze in der Bundesrepublik erwartete marokkanische Wirtschaftsdelegation wird sich intensiv mit diesen Fragen beschäftigen.

+ + +

Die marokkanischen Gastgeber haben sich bei dem deutschen Außenminister dafür bedankt, daß die Bundesrepublik den Assoziierungsantrag Marokkos zur EWG aktiv unterstützt. Bei den Gesprächen über dieses Thema wurde von marokkanischer Seite mit Nachdruck darauf verwiesen, wie wichtig die engere Zusammenarbeit der marokkanischen Wirtschaft mit den EWG-Partnern sei, wobei es sich nicht nur um die Fragen des Exportes und Importes handele, sondern vordergründig auch um den ständigen Gedankenaustausch über internationale wirtschaftliche Probleme. Brandt konnte seinen Gesprächspartnern versichern, daß die Bundesrepublik diesen Wunsch Marokkos unterstützt und auch weiterhin bemüht bleiben wird, das marokkanische Anliegen in ihre eigenen Überlegungen über die Ausweitung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einzubeziehen.

+ + +

Als Brandt sich am Montag von seinen Gastgebern verabschiedete, wurde ihm von diesen versichert, wie sehr der Besuch dazu beigetragen habe, das Verhältnis zwischen Marokko und der Bundesrepublik weiterhin zu festigen und auszubauen. Brandt selbst konnte feststellen, wie wichtig es ist, in direkten Gesprächen die Sorgen und Hoffnungen eines befreundeten Volkes kennenzulernen, wie bedeutsam es aber auch ist, unsere eigenen Probleme darzustellen und um Verständnis für unsere Vorstellungen zu deren Lösung zu werben. Darüber hinaus spricht alles dafür, daß Brandts kurzer Aufenthalt in Marokko als ein wichtiger Beitrag für das Verständnis der deutschen Position in der internationalen Politik gewertet werden kann.

+ + +

Ein moderner Schulversuch in Nordrhein-Westfalen

Projekte von weitreichender Bedeutung

Von Klaus Rusticus

Der Regierungskoalition SPD/FDP in Düsseldorf ist zu bescheinigen, alle Möglichkeiten einer modernen Schulpolitik zu ergreifen. Das gilt nicht nur für die Schulreform, sondern auch für andere schulische Projekte von weitreichender Bedeutung. Ein Schulversuch, den Kultusminister Holthoff als "programmgesteuerte Unterweisung" bezeichnete, wird im Schuljahr 1967/68 gestartet.

Bei den Diskussionen um die Schulreform in Nordrhein-Westfalen und auch in anderen Bundesländern zeigte sich immer wieder, daß die Furcht vor einer Veränderung der althergebrachten Schulform und vor Experimenten mit dem vertrauten Lernsystem erst durch überspitzte, ja vielfach von der sachlichen Ebene abweichende Kritiken genährt wird. Das gilt insbesondere dort, wo es die Kritiker oft unterließen, Eltern und Erzieher objektiv aufzuklären.

Kultusminister Holthoff läßt sich keinesfalls auf Experimente ein. Das beweist jetzt wieder die Tatsache, daß von zahlreichen Schulen, welche sich für den Versuch meldeten, nur solche berücksichtigt worden sind, in denen Lernprogramme bereits praktiziert wurden. Die programmgesteuerte Unterweisung wird in Englisch, Latein, Französisch, Mathematik und in den Naturwissenschaften sowie in der Bürger- und Heimatkunde an 40 Volksschulen, 22 Realschulen, 27 Berufsschulen und 24 Gymnasien mit insgesamt 5.141 Schülern in 160 Klassen erprobt. Die Versuche werden vom Land mit 65.000 DM bezuschußt.

Neue Lernprogramme zu entwickeln, sind ebenso von elementarer Wichtigkeit wie Schulreformen. Minister Holthoff in diesem Zusammenhang: "Es gilt, genaueren Aufschluß darüber zu gewinnen, wie sich die programmgesteuerte Unterweisung gegenüber dem konventionellen Unterricht in bezug auf Lernmotivation, Lerndauer und Kenntniszuwachs verhält." Das Kultusministerium in Düsseldorf will Aufschluß darüber erhalten, inwieweit die eingesetzten Programme für die verschiedenen Schulformen geeignet sind und welche der bereits erfaßten Lernprogramme für eine Zulassung in Betracht kommen könnten.

Aus diesem Grund wird auch der gleiche Stoff zur gleichen Zeit jeweils in einer Parallelklasse erarbeitet, in der nach der altherkömmlichen Methode unterrichtet wird. Den Lehrern bieten sich also bereits an der gleichen Schule Vergleichsmöglichkeiten, die jedoch eine größere Untersuchung gemeinsam mit dem Psychologischen Institut der Technischen Hochschule Aachen erfahren. Von dieser Seite wurden Fragebogen für die beteiligten Eltern und Lehrer erarbeitet.

Das hiervon abzuleitende Ergebnis wird dem Kultusministerium in Nordrhein-Westfalen als Basis für weitere Lernprogramme zur Verfügung stehen, die in Form eines weiteren gezielten Schulversuchs im Schuljahr 1968/69 in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden sollen. Es ist das Ziel der Regierung in Düsseldorf, der jungen Generation alle Möglichkeiten der modernen Bildung zu eröffnen.

In Agrar- und Europapolitik engagiert

Zum 65. Geburtstag von Herbert Kriedemann

Von Egon C. Heinrich

Wer den SPD-Bundestagsabgeordneten Herbert Kriedemann im Bundestag oder vor dem Europäischen Parlament reden hört, wird kaum glauben, daß dieser profilierte sozialdemokratische Politiker am 1. März seinen 65. Geburtstag feiert. Denn Aktivität und Agilität dieses engagierten Agrar- und Europapolitikers deuten keinesfalls auf ein Alter von 65 Jahren. Im Europäischen Parlament in Straßburg, wo er stellvertretender Vorsitzender des Außenhandelsausschusses ist, zählt Kriedemann zu den prominentesten Sprechern der sozialistischen Fraktion, beileibe nicht nur in Agrarfragen. Kriedemann ist auch Mitglied des Vorstandes der sozialistischen Fraktion und stellvertretender Obmann der SPD-Abgeordneten im Europa-Parlament. Im Straßburger Parlament, dem er seit 1961 angehört, hat sich Kriedemann durch zahlreiche profunde und richtungweisende Berichte und Reden einen Namen gemacht. So war er in den letzten Jahren ständiger Berichterstatter des Außenhandelsausschusses über die Kennedy-Zollsenkungsfrage. Erst in der Januartagung des Europäischen Parlaments legte Kriedemann seinen grundlegenden Bericht über die Fragen einer gemeinsamen europäischen Fischereipolitik vor. Der SPD-Politiker ist auch Vorsitzender des Unterausschusses für eine europäische Fischereipolitik beim Europäischen Parlament. Der am 1. März 1903 in Berlin geborene SPD-Abgeordnete gehört dem Deutschen Bundestag, wo er den Wahlkreis Herne-Castrop/Rauxel vertritt, schon seit dessen erster Stunde im Jahre 1949 ununterbrochen an. Zuvor war der studierte Landwirt von 1947 bis 1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet gewesen. Der SPD trat Kriedemann 1925 bei, wo er zunächst hauptberuflich in der Bildungs- und Wirtschaftsarbeit tätig war. Nach 1933 führte illegale Parteiarbeit zur Verurteilung Kriedemanns durch den Volksgerichtshof zu zwei bis drei Jahren Gefängnis. 1935 emigrierte Kriedemann dann nach Holland.

Herbert Kriedemann trat seit je für eine moderne, auf die Zukunft ausgerichtete Agrarpolitik ein, die auch die Interessen der Verbraucher und des Außenhandels berücksichtigt. Für Kriedemann bedeutet Agrarpolitik nicht wie für viele andere eben einfach eine Politik zugunsten der Landwirtschaft. Obwohl sein Hauptinteresse den Landwirtschaftsfragen gilt, kann Kriedemann keinesfalls zu den professionellen Interessenvertretern der Landwirtschaft gezählt werden. Wenn der EWG-Agrar-Kommissar Dr. Mansholt die EWG-Agrarpolitik jetzt stärker auf die Agrarstrukturpolitik ausrichten will, so bedeutet dies nicht zuletzt eine Bestätigung der Auffassungen Kriedemanns.

Herbert Kriedemann ist darüber hinaus ein leidenschaftlicher Anhänger eines föderativen vereinigten Europas. Vor dem Europäischen Parlament kritisiert er immer wieder den mangelnden politischen Entscheidungswillen der Regierungen und die überkommene Politik des Nationalstaates. Er fürchtet besonders die negativen Auswirkungen einer solchen Politik auf das europäische Bewußtsein der Jugend und das Wiederaufkommen rechtsradikaler Strömungen. Man möchte wünschen, daß Herbert Kriedemann dem Bundestag und dem Europäischen Parlament noch lange treu bleibt.

+ + +

Tourismus 1968: Projekt Südadria

Platz für 600 000 Gäste

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Montenegro, die kleine Bergrepublik in den jugoslawischen Schwarzen Bergen, wird von viel Romantik umgeben, aber das Leben hier ist arm und mühselig. In einer Vision aber, für deren Verwirklichung sich nicht nur die Belgrader Regierung, sondern auch die UNO einsetzt, sieht es schon ganz anders aus:

Auf 12 000 km², die sich entlang der adriatischen Küste etwa von Evar bis zur albanischen Grenze, also Ulcinj, erstrecken, sollen im Zukunftsjahre 1990 bereits täglich 600 000 Touristen Erholung finden. Dadurch würde der immer noch kümmerliche Anteil Jugoslawiens am europäischen Fremdenverkehr in Höhe von 2,4 Prozent auf rund 10 Prozent steigen. Für 600 000 Touristen, die in etwa 90 Tagen während der Vollsaison schätzungsweise 54 Millionen Übernachtungen in die Statistik einbringen würden, müssen bis dahin unter ständiger Beachtung der Naturschonheiten, die nicht angetastet werden sollen, nicht nur Hotels, sondern vor allem auch Zugangswege gebaut werden, denn man kann für das Visionsjahr 1990 mit einem täglichen Zu- und Abgang von insgesamt 300 000 Gästen rechnen. Die meisten, man schätzt drei Viertel, werden mit dem Auto kommen, aber die adriatische Magistrale von heute hat nur Kapazität für etwa 90 000 Pkws täglich. Mit anderen Worten: Man muß entlang der ganzen Küste eine neue Autobahn bauen, neue 850 km von Kopar bis Dubrovnik, neue 380 km Autobahn durch Montenegro. Doch damit wäre nur eine Transversale geschaffen - im Landesinneren lockt z.B. der zwischen Jugoslawien und Albanien geteilte See von Skutari, und noch heute ist die Strecke zwischen dem Kriegshafen Bar und dem Grenzort Ulcinj enger als ein Einbahnweg.

Da 5 Prozent der Zukunftsgäste vermutlich den Wasserweg benutzen werden, muß Ulcinj, wo heute die DDR mit Vorliebe ihre Touristen hinschickt (einzige Fluchtmöglichkeit: Richtung Tirana), einen vollkommen neuen Hafen bekommen, doch das dürfte nicht einmal ausreichen, so daß auch an einen Ausbau des neuen Hafens von Floë gedacht wird. Boka Kotorska, jener Fjord, der seine Zungen bis tief nach Montenegro hinein erstreckt und auf den die Sowjets mit ihrer neuen Mittelmeerflotte großen Appetit verspüren, soll hingegen von der dort angesiedelten In-

industrie gesäubert werden - man wird sie nach Tivat verlegen, wo, wie auf Hvar und in Ulcinj, vielleicht auch in Ploče, ein neuer Flughafen gebaut werden muß. Außerdem wird man den Flughafen von Dubrovnik vergrößern müssen, wenn man damit rechnet, daß 8 Prozent der Gäste von 1990 das Flugzeug benutzen werden. Noch gibt es keine Eisenbahnlinie zwischen Belgrad und dem Hafen Bar - schon heute ein immenses Problem für die kapitalarme jugoslawische Wirtschaft, die inzwischen nach ausländischem Kapital ausschaut. Aber 1990 wird es ohne Gleisverbindung mit der jugoslawischen Hauptstadt nicht mehr gehen.

Hotels und Verbindungswege aber sind nur die Basis des Projekts Štađadran, das Jugoslawien immer stärker beschäftigt. Unter anderem muß auch an eine ausreichende Versorgungsbasis gedacht werden, wobei sich das Delta der Neretva als Obst- und Gemüseplantage, die Berge im Hinterland als Viehzuchtgebiete und das Land an der albanischen Grenze als ausreichend erweisen dürften.

Das alles wird natürlich gewaltige soziale Umformierungen in der dort lebenden Bevölkerung zur Folge haben, und diese Umformierung einer unterentwickelten Welt ist natürlich auch das Hauptziel der Planer, unter denen wir wiederum den polnischen Urbanisten Ciborowski entdecken, der im Auftrage der UNO auch schon den Neubau der Katastrophestadt Skoplje geplant hatte. Während heute die Menschen aus Montenegro wegziehen, wird man nach Fertigstellung des Projekts 70 000 zusätzliche Arbeitskräfte aus anderen Landesteilen benötigen; außerdem wird sich der Anteil der montenegrinischen Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung von rund 67 auf 45 Prozent vermindern. Diese Verstärkung der montenegrinischen Bevölkerung wird dazu beitragen, den Erlös dieser jugoslawischen Republik auf rund zwei Milliarden DM jährlich allein aus den Quellen des Tourismus zu steigern.

Die Vision klingt kühn, aber man kann selbst beobachten, wie sie von Tag zu Tag mehr an Gestalt gewinnt. Budva (Pensionspreis 14 bis 40 DM), Petrovac (14 bis 24 DM) und Ulcinj mit seiner orientalisches-albanischen Bevölkerung (12 bis 28 DM) bieten schon heute, was auch die Gäste von 1990, und vielleicht nicht mehr so sauber und rein, erleben können: eine der schönsten Landschaften der Welt zwischen den Schwerzen Bergen und dem hier wirklich blauen Meer.